

Kurdische Selbstverteidigung und deutscher Pazifismus

Der Kampf um Kobane – Symbol des Widerstandes gegen den IS

Im Spätsommer 2014 wandte sich das öffentliche Interesse der westlichen Welt dem »Islamischen Staat« zu, der große Teile des Iraks und Syriens eroberte. Während die irakischen Regierungstruppen zu Beginn der Offensive der Islamisten flächen-deckend den Rückzug antraten, traf der IS in den kurdischen Gebieten auf massiven Widerstand. Die syrisch-kurdische Stadt Kobane, an der Grenze zur Türkei, wurde zum Symbol des verzweifelten Widerstandes der Kurd*innen gegen die vorrückenden Dschihadist*innen. Als sich im September 2014 die Terrorbanden des IS der kurdischen Stadt näherten, flohen große Teile der Bevölkerung in die Türkei. Um Kobane dem IS nicht kampfflos zu überlassen, verharteten

→ Fortsetzung auf Seite 2



Demo gegen den IS im Oktober 2014 in Köln

Bild: Bernd Schwabe, CC BY-SA 3.0

Schwerpunkt

Krieg und Frieden

Wie friedlich ist unsere Welt eigentlich?



Inhalt

Brutaler Frieden

Warum Krieg und Frieden zusammengehören

4

Interview

Jutta Ditfurth über neu-rechte Strömungen

6

Bundeswehrreform

Ein neues Heer für Deutschland

7

Culture Club

»Niemand ein Atom Patriotismus«

10

Aus dem Verband

Recht klagen – links schlagen: Neuer Stress mit der FPÖ

11

Die Clara

Probleme des sozialistischen Feminismus

12

Was war

Nehmt Ihr einen von uns fest, kommt das ganze Falkennest!

14

Was kommt

IFM-Camp 2016

16

Editorial

Was ist Krieg?

Die Bundeszentrale für politische Bildung erklärt uns: »ein organisierter, mit Waffen gewaltsam ausgetragener Konflikt zwischen Staaten beziehungsweise zwischen Bevölkerungsgruppen eines Staates«. Und wer es in eine Suchmaschine eingibt erfährt auch, dass das vergangene Jahr 2014 das »Jahr der Kriege« genannt wurde, noch bevor es zu Ende war, wegen bewaffneter Konflikte im Irak, in Syrien, in der Ukraine und im Gazastreifen. In Deutschland dagegen herrscht vermeintlich Frieden. Zumindest hält die BRD bewaffnete Konflikte aus ihren nationalstaatlichen Grenzen derzeit heraus und wir wiegen uns in dem Glauben, uns seit 1945 in der längsten Friedensperiode unseres Kontinents zu befinden. Wofür braucht Deutschland dann eigentlich eine teure Berufsarmee? Warum ist die SJD – Die Falken antimilitaristisch und nicht pazifistisch? Und was soll das mit dem neuen deutschen Friedenswinter? Diesen Fragen widmen wir uns in der vorliegenden Ausgabe der aj.

Wir wünschen euch eine spannende Lektüre!
Peace! Eure aj-Redaktion

Es wird deutsch in Kaltland

PEGIDA – der neueste Auswuchs des »gesunden Patriotismus«

Nachdem sich in anderen europäischen Ländern bereits seit einigen Jahren neue nationalistische, teils offen faschistische Bewegungen formieren, die »Identitäre Bewegung« in Frankreich oder die »Goldene Morgenröte« in Griechenland, hat sich mit PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) nun auch in Deutschland ein entsprechender massentauglicher Ableger gebildet, unter dessen Banner besorgte Bürger*innen, testosterongesteuerte Hooligans und andere aufrichtige Deutsche Seite an Seite demonstrieren. Da sich der Mob in seinem offiziell-öffentlichen Sprachgebrauch an die allgemeingültigen Meinungskonventionen hält – so ist mensch vorgeblich nicht gegen Einwanderung, sondern für deren »sinnvolle Begrenzung« und für die

Abschiebung aller Illegalen, für mehr Sicherheit (sprich: Überwachung der Geflüchteten) und eine rechtliche Pflicht zur Integration –, versichern selbst die höchsten Riegen der Politik, dass es sich hierbei um berechtigte und nachvollziehbare Ängste, Äußerungen und Forderungen handelt, welche ernstgenommen werden müssten – sofern sie sich nicht unverständlicher Weise von Nazis unterwandern lassen.

Wie immer: Wir und die Anderen

Diese um die – ja, ach so – bedrohte »christlich-jüdisch geprägte Abendlandkultur« besorgten Patriot*innen hätten seltsamerweise kein Problem

→ Fortsetzung auf Seite 3

Kurdische Selbstverteidigung und deutscher Pazifismus

Der Kampf um Kobane – Symbol des Widerstandes gegen den IS

→ Fortsetzung von Seite 1

tausende Freiwillige in der eingekesselten Stadt. Unter den Verteidiger*innen waren auch reine Frauenverbände, die Seite an Seite mit den Männern kämpften. Nur spärlich ausgerüstet konnten sie allerdings das immer weitere Vorrücken des IS in Richtung Stadtzentrum nicht verhindern.

Währenddessen schaute das NATO-Mitglied Türkei von der nahen Grenze der Schlacht um Kobane teilnahmslos zu. Diesen Bildern entsprang die internationale Symbolkraft Kobanes: Die kurdischen Verteidiger*innen verkörperten den mutigen, aber verzweifelten Kampf gegen den hochgerüsteten IS, während der Rest der Welt in Tatenlosigkeit verharrte. Neben dem rein militärischen Widerstand der Kurd*innen gegen die islamistische Barbarei trafen hier allerdings auch zwei Gesellschaftsentwürfe aufeinander, die sich fundamental widersprechen. Auf der einen Seite steht das wahnhaftige Streben nach einem islamistischen Kalifat, also einem religiös-fundamentalistischen, feudalen Führerstaat, dessen vermeintliches Recht mit unvorstellbarer Brutalität durchgesetzt werden soll. Minderheiten, »Ungläubige« und Gegner*innen dieses Kalifats erwarten Versklavung, Folter und Tod. Auf der anderen Seite steht ein multi-ethnischer, demokratischer Gesellschaftsentwurf.

Kobane – Symbol für eine bessere Gesellschaft

Die kurdische Autonomieregion Rojava ist für viele Linke ein revolutionäres Projekt. Die kurdische PYD, syrischer Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), treibt hier die Selbstverwaltung voran. In Rojava wurden Rätestrukturen geschaffen, die einer selbstbestimmten Gesellschaft dienen sollen. Patriarchale Herrschaftsstrukturen werden problematisiert und es wurden Frauenräte gebildet. Das Gesellschaftskonzept, das der PKK-Führer Öcalan »demokratischen Konföderalismus« nennt, soll jenseits staatlicher Macht funktionieren und autonome Parallel- oder Gegenstruktur zum Staat sein, der zutiefst mit der Warengesellschaft und ihren Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen verflochten ist. Auch die Produktions-

mittel sollen nach und nach in eine gesellschaftliche Selbstverwaltung überführt werden. Deswegen fordert Öcalan als führender Ideologe der PKK seit einiger Zeit nicht mehr die Gründung eines kurdischen Nationalstaates. Die YPG, die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten, verstehen sich dementsprechend auch nicht als staatliche Armee, sondern dienen einer demokratischen Gesellschaft zum Selbstschutz. Alles in allem setzen viele Menschen Hoffnung in dieses Modell – in einer Region, die von tief verwurzelten Konflikten zerrissen ist. Es enthält die Möglichkeit eines langfristigen friedlichen Zusammenlebens und einer emanzipatorischen Entwicklung, die allen Menschen ein besseres Leben bietet.

Bei allen positiven Entwicklungen sollte die Vergangenheit der PKK und auch der Person Öcalans nicht in Vergessenheit geraten: Bis in die 2000er Jahre hinein versuchten sie selbst, mit Gewalt gegen Zivilist*innen einen kurdischen Nationalstaat zu errichten. Die von ihnen proklamierte Distanzierung von dieser Vergangenheit muss erhalten und konsequent umgesetzt werden.

Die Grenze des Pazifismus

Unter dem steigenden internationalen Druck und einer Welle der Solidarität, die sich in unzähligen Kundgebungen, Hilfsaktionen und Großdemonstrationen äußerte, formierte sich unter der Führung der USA eine militärische Koalition. Diese begann die kurdischen Kämpfer*innen sowie die irakischen Regierungstruppen mit Luftschlägen zu unterstützen. Am 19. Oktober 2014 gelangten erstmals Versorgungsgüter und Waffen über eine Luftbrücke der Allianz zu den Verteidiger*innen Kobanes, welche zu diesem Zeitpunkt weniger als die Hälfte der Stadt unter Kontrolle hatten. Mit dieser Unterstützung sowie dem Eintreffen von Kämpfer*innen der »Freien syrischen Armee« und den kurdischen Peschmerga gelang es den YPG-Einheiten, aus ihrer Defensive zu gelangen und Straßenzug für Straßenzug der völlig zerstörten Stadt zurück zu erobern. Im Januar 2015 gelang es schließlich, die Stadt weitgehend zu befreien.

Für viele Linke in Deutschland bedeutete diese Situation eine Zwickmühle: Auf der einen Seite Bombar-

PKK

Die Kurdische Arbeiterpartei (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) wird in vielen Ländern, unter anderem den Staaten der EU, als terroristische Organisation eingestuft. Als kurdische Arbeiterpartei und Untergrundorganisation verfolgte die Partei in der Vergangenheit eine marxistisch-leninistische Ideologie. Ihr Programm einer nationalen Befreiung der Kurd*innen versuchte sie auch mit Selbstmordanschlägen durchzusetzen.

Abdullah Öcalan

Abdullah Öcalan (*1949) war von 1978 bis 2002 Vorsitzender der PKK. Er gilt heute auch heute als wichtige Führungsfigur und als Chefideologe der Partei. In Schriften wie »Demokratischer Konföderalismus« umreißt er die von der PKK und ihren Ablegern angestrebte Gesellschaft. Öcalan sitzt bis heute in der Türkei in Haft.

dements des alten imperialistischen Feindbildes USA und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, auf der anderen Seite um militärische Hilfe rufende Kurd*innen, deren Gesellschaftsprojekt Solidarität erfahren sollte. Viele dieser pazifistischen Linken forderten zivile statt militärischer Intervention. Die Frage, wie mit einer solchen zivilen Hilfe der Sieg des IS und damit vermutlich weitere Massaker an ihren Gegner*innen verhindert werden soll, blieb und bleibt bei solchen Forderungen offen. Ein so verstandener Pazifismus bedeutet, den Verteidiger*innen Unterstützung zu verweigern. Ein einfaches Nein zu allen militärischen Hilfen ist fahrlässig. Aber welche Handlungsmöglichkeiten haben wir als Sozialist*innen in Deutschland in dieser politischen Lage?

Zivile Hilfe ist akut nötig. Durch den Terror des IS und den schon seit über drei Jahren anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien sind über 11 Millionen Syrer*innen auf der Flucht.

Die mittlerweile befreite Stadt Kobane ist völlig zerstört. Nun scheint auch hier der richtige Zeitpunkt für zivile Unterstützung für den Neuaufbau Kobanes und anderer Städte in der Region.

Das Projekt »Demokratischer Konföderalismus« in Kurdistan verdient eine wohlgesonnene, aber auch kri-

→ Fortsetzung auf Seite 3

Kurdische Selbstverteidigung und deutscher Pazifismus

Der Kampf um Kobane – Symbol des Widerstandes gegen den IS

→ Fortsetzung von Seite 2

tische Aufmerksamkeit und Unterstützung. Auch hier sind die politischen Vorstellungen nicht völlig vom Denken in Ethnien abgelöst. Öcalans Theorien und die Praxis der PYD und der PKK sind sicher nicht ohne weiteres gleichzusetzen. So wurde berichtet, dass die PYD zu Beginn des Krieges in Syrien Proteste gegen Assad unterdrückte. Trotz alledem sind die PKK und PYD wichtige Organisationen im Kampf gegen den IS. Das PKK-Verbot in Deutschland und der EU muss ebenfalls kritisch hinterfragt werden!

Schlussendlich muss die deutsche Linke von alten und zu einfachen Welterklärungen abrücken. Eine

Schwarz-Weiß-Einteilung in Gut und Böse ist gerade in internationalen, oftmals asymmetrischen Konflikten schwierig. Komplexe Interessenlagen sind nur mit viel Mühe zu entwirren. Sich dieser Schwierigkeit durch einen absoluten Pazifismus zu entziehen, kann nicht die Lösung sein. Bestrebungen wie der Islamische Staat verdienen keine Aufwertung durch »friedliche« Verhandlungen. Ebenso wenig hilft Wegschauen, wenn Unschuldige sterben. Unter den herrschenden Verhältnissen müssen progressive Bestrebungen unterstützt werden. Das heißt auch, dass die bewaffnete Selbstverteidigung ein legitimes Mittel ist. Zugleich müssen progressive Bestrebungen kritisch begleitet werden und es muss klar

sein, dass nicht jeder Partei, die sich gegen den IS stellt, hehre Ziele unterstellt werden dürfen (siehe Iran, Saudi-Arabien).

Neben Informations- und Bildungsveranstaltungen zu diesem Thema ist es wichtig, die Menschen in Kurdistan ganz praktisch zu unterstützen. Oftmals kann es sich auch anbieten, mit kurdischen Vereinen und Organisationen oder Netzwerken in Eurer Region in Kontakt zu treten, um gemeinsam zu überlegen, was gebraucht wird und wie Geld und Sachmittel auch bei den Richtigen ankommen. ★

SJD – Die Falken,
Stadtverband Trier

Es wird deutsch in Kaltland

PEGIDA – der neueste Auswuchs des »gesunden Patriotismus«

→ Fortsetzung von Seite 1

damit, die »Wiege des Abendlandes«, Griechenland, ungeachtet seiner Bedeutung für Demokratie, Philosophie und Naturwissenschaft, aus der Europäischen Union zu werfen. Sie sind außerdem nie um eine Hetze gegen europäische Sinti und Roma verlegen. Warum?

Weil sich in dieser »Europa«-Metapher die radikale Identifizierung mit der hier allgegenwärtigen Leistungsgesellschaft manifestiert, um die individuelle Hilflosigkeit gegenüber eben dieser zu kompensieren. Mensch selbst gehört natürlich

zu den »Produktiven« und trägt zu einem Wohlstand bei, welcher gegen das – wenn auch durch den deutsch-europäischen Erfolg (mit)verursachte – globale Elend abgeschottet werden muss. Auch wenn die Menschen von diesem Wohlstand selbst nichts haben oder für diesen den Gürtel mal wieder noch enger schnallen müssen. Daher auch die innereuropäische Hetze gegen die »über ihren Verhältnissen lebenden Pleite-Griech*innen« und schmarotzende »Zigeuner*innen« als quasi innere Bedrohung bzw. Abweichung.

Diese Abschottung nach außen – die sich auch im »Islamisierungs«-Gerede äußert – wird einerseits als unbedingt nötig empfunden, andererseits nicht als das Gesehene, was sie ist: Es ist die wahnhaftige Feindschaft gegen jede potenzielle Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und im Kampf um die nötigsten staatlichen Brotkrümel. Das Bewusstsein über den Charakter dieser Feindschaft würde jedoch ein Bewusstsein der eigenen Position als jederzeit austauschbarer Posten im Profit-Kalkül, als bloßes Menschenmaterial für den Standort bedeuten. Dies widerspräche den lebenslang eingetrichterten Dogmen, jede*r sei des eigenen Glückes Schmied*in und der eigene Staat der optimale Rahmen, die eigenen Interessen zu verwirklichen (»Wir sind das Volk!«). Stattdessen formiert

sich mit dem »Abendland« ein ideologischer Bezug, welcher die eigene Zugehörigkeit zu einer höherwertigen Gemeinschaft inszeniert.

So sind PEGIDA und ihre regionalen Ableger auch nicht vorrangig dort aktiv und mobilisierungsstark, wo im bundesdeutschen Vergleich tatsächlich »viele« Muslime leben. Dafür dort, wo besonders viele Menschen leben, welche entweder bereits jetzt von staatlichen Sozialleistungen abhängig oder strukturell unmittelbar vom sozialen Abstieg bedroht sind.

Neiderfüllte Furcht

An Begriffen wie »Kopftuchmädchen« (Sarrazin) offenbaren sich nicht nur explizit antimuslimisch-rassistische Ressentiments: Sie sind ebenso Ausdruck von Projektionen, welche den politischen Islam um seine vermeintlich einheitliche und zu allem entschlossene Wertegemeinschaft beneiden – und fürchten. Der Islam vollbringt scheinbar genau das, was mensch selbst nicht schafft (oder woran mensch lediglich »von außen« beziehungsweise »oben« gehindert wird): Eine schlagkräftige politische Gemeinschaft zu bilden, um endlich mal richtig aufzuräumen. So werden die eigenen Allmachtsfantasien auf alle als Muslime identi-

→ Fortsetzung auf Seite 4

Bild: Caruso Pinguin, CC BY 2.0



»Niemand, kein Mensch kann stolz auf ein Land sein«

Es wird deutsch in Kaltland

PEGIDA – der neueste Auswuchs des »gesunden Patriotismus«

→ Fortsetzung von Seite 3

fizierten Menschen projiziert. Diese werden damit zur Angriffsfläche der Angst, selbst Opfer einer solchen Allmacht und der damit einhergehenden paranoiden Abwehrreaktionen zu werden.

Integration – eine doppelte Farce

Umso aggressiver wie auch verlogen ist das Geschrei, Integration doch endlich zur gesetzlichen Pflicht zu erheben. Eine verlogene Farce ist diese Empörung in zweierlei Hinsicht: Zum einen unterstellt diese Forderung, dass Migrant*innen tatsächlich objektiv bestimmte Kriterien erfüllen und somit als vollwertige Deutsche anerkannt werden könnten. Aber für Deutsche bleiben Ausländer*innen immer auch solche. Für den*die Patriot*in ist jede*r Einwander*in eine*r zu viel. Nicht zufällig gibt es zwar den bekannten Begriff der »Überfremdung«. Seltsamerweise redet aber niemand von der »gesunden Befremdung«.

Zum anderen glaubt der*die selbsternannte »Islamkritiker*in« dem Islamismus ironischerweise auch noch dessen Propaganda, tatsächlich eine höhere Bestimmung und alternative Lebensverhältnisse bieten zu können – und spricht diesbezüglich von einer »Parallelgesellschaft«. Die große (Selbst-)Täuschung besteht darin zu meinen, es gäbe tatsächlich Opti-

onen, nicht in diese Gesellschaft integriert zu sein. Die jungen Muslime in Deutschland halten sich an deutsche Gesetze, kommen der deutschen Schulpflicht nach, gehen für den deutschen Wirtschaftsstandort arbeiten oder werden zu dessen Genesung arbeitslos. Wenn sie bei Gesetzesübertretungen erwischt werden, werden sie von deutschen Gerichten zu Haftstrafen in deutschen Gefängnissen verurteilt. An dieser ganzen Scheiße hat der*die gute Nationalist*in auch gar nichts auszusetzen. Wenn sich diese Deutschen dann über Ehrenmorde, Zwangsehen und andere Ekelhaftigkeiten empören, leiten sie daraus folgerichtig auch keine dringend nötige Kritik an archaischen Familienhierarchien, am Patriachat und an sexueller Gewalt gegen Frauen* ab: Ihnen reicht komplett, diese Dinge als etwas Fremdes zu denunzieren, das mit »unserem Kulturkreis« nichts gemein hat und fatalerweise von außen hineindrängt.

Was tun?

Trotz ihrer Selbstinszenierung als rebellische Bewegung verkörpern PEGIDA und ihre europäischen Verbündeten mit ihrem radikalkonservativen **Konformismus** in besonders aggressiver Weise genau den nationalistischen Wahnsinn, der in einer etwas weniger chauvinistischen Form allgemein herrschender Konsens und gesellschaftlicher Normalvollzug ist. Hinter der aggressiven Parteinarbeit

für das Bestehende verbirgt sich die Ohnmacht vieler Menschen, nicht gegen die Verhältnisse aufbegehren zu können, welche ihr marginalisiertes Leben so erbärmlich und beinahe unerträglich machen.

Das Fahrwasser von PEGIDA besteht in der Verschiebung realer sozialer Konflikte auf Ersatzobjekte. Um dieser Verschiebung zu begegnen, müssen wir Sozialist*innen zur Entschleierung dieser Konflikte drängen und die ihnen zugrundeliegenden Verhältnisse ins Wanken bringen. Unsere konkrete Handlungsperspektive als Sozialistische Jugend besteht darin, die Strukturierung der radikalen Linken als eine von vielen identitätsgeprägten Subkulturen in der Angebotslandschaft der Jugendszenen zu verneinen und zu überwinden. Die Organisation als Jugendbewegung muss aus der Thematisierung und Reflexion der eigenen Lebensumstände hervorgehen. Erst hieraus folgt die Motivation, sich in der Schule, am Arbeitsplatz, im Stadtteil und sonst wo mit Anderen zusammenzutun. Gegen die allgegenwärtigen Zumutungen der herrschenden Ordnung auf sozialer, ökologischer und kultureller Ebene sind kollektive Selbstorganisation, Auseinandersetzung und Widerstand langfristig die einzige Möglichkeit, diese immer wieder drohenden Momente der nationalistischen Barbarei zu beenden. ★

Eric Montag, KV Erfurt

Höchstens in abgewandelter Form bei Multikulti-Fans, welche im Rahmen ihres positiven Rassismus die kulturelle Bereicherung Deutschlands durch die Fremden betonen

Ideologische Parteiergreifung für das Vorgegebene

Brutaler Frieden

Warum Krieg und Frieden zusammengehören

Frieden herrscht in Deutschland, wenn 16.000 Sturmgewehre, 40 Maschinengewehre, 240 Panzerfäuste, 500 Panzerabwehrraketen und 10.000 Handgranaten an die Kurden geliefert werden. Ganz ohne diese humanitäre Verantwortung und unser sicherheitspolitisches Interesse, welches das deutsche Verteidigungsministerium dem Irak zuspricht, wurden bereits 2013 Mordinstrumente im Gesamtwert von 8,34 Milliarden Euro exportiert. Hauptabnehmer*in dieser Waffenexporte sind neben den USA auch Algerien, Katar, Saudi-Arabien und Indonesien. In Algerien wird eine ganze Panzerfabrik hochgezogen: 2,7 Milliarden Euro für ungefähr 1.000 Panzer Typ Fuchs. Ein anderer beliebter deutscher Panzer ist der Leopard 2,

dessen jüngste Version besonders gut für die Aufstandsbekämpfung in den urbanen Zentren des globalen Südens geeignet ist.

Frieden ist also gar nicht so angenehm, wie vielleicht zuerst vermutet. In Wikipedia kann man lesen: »Frieden ist im heutigen Sprachgebrauch der allgemeine Zustand zwischen Menschen, sozialen Gruppen oder Staaten, in dem bestehende Konflikte in rechtlich festgelegten Normen ohne Gewalt ausgetragen werden.« Die bestehenden Konflikte sind also im Frieden nicht etwa aufgehoben, sondern haben eine bestimmte Verkehrsform gefunden: Noch immer stehen sich kapitalistische Staaten mit feindlichen Interessen konkurrierend gegenüber. Im

Inland gibt es nach wie vor Klassengegensätze, Reichtum auf der einen Seite und Armut als ihr Produkt auf der anderen. Frieden ist der Zustand, wenn diese Konflikte in bestimmten Bahnen ausgetragen werden. Und es sind genau diese friedlichen Bahnen, die die Grundlage bilden für jeden Krieg – denn dieser entsteht bekanntlich aus dem Frieden.

Krieg nach innen und nach außen

Aber schon bevor der Frieden zum Krieg wird, ist er eine Härte für viele Menschen. Der Frieden ist eine Brutalität gegen jene, die als Verlierer*innen aus diesen Verhältnissen

→ Fortsetzung auf Seite 5

Brutaler Frieden

Warum Krieg und Frieden zusammengehören

→ Fortsetzung von Seite 4

hervorgehen. Miete zu zahlen und sich für wenig Lohn krumm zu bücken, sind die bekannten Übel für uns Lohnabhängige. Aber auch der Staat ist in Friedenszeiten nicht einfach nett und entspannt. Panzer exportieren und mit Embargos und Wirtschaftssanktionen die Wirtschaften ganzer Länder vernichten – all das gehört zum Frieden und schafft regelmäßig die Grundlage für neue Kriege.

So findet sich der Frieden auch in der Rechtspflege als schützenswertes Gut immer als Wahrung des Status quo: Innenpolitisch gibt es das Dilemma des Landfriedensbruchs, den begeht, wer gegen die herrschende Gewalt aufbegehrt. Im Arbeitsleben stört der wild Streikende den Betriebsfrieden. Und wer das Privateigentum anderer nicht respektiert, erfüllt bekanntlich den Straftatbestand des Hausfriedensbruchs. All diese Rechtstitel existieren, weil dem Staat klar ist, dass mit der Einrichtung von Privateigentum, Staatsgewalt und Lohnarbeit notwendig auch Konflikte in der Welt sind und damit Rechtsverletzungen. So wie mit dem Recht dessen Bruch in die Welt kommt, kommen mit dem bürgerlichen Staat und seinen Interessen nicht nur die Konkurrenz mit friedlichen Mitteln in die Welt, sondern eben auch deren Übergang zum Krieg.

Freund*innen des Friedens und des Krieges

Inzwischen ist es nicht mehr nur ein deutscher Außenminister, der vom Pazifisten zum Agitator des Balkankrieges wurde. Bis weit in die radikale Linke finden sich Anhänger von US-Interventionen gegen den Islamischen Staat (IS) und schon zum zweiten Golfkrieg gab es eine Minderheit von linken Kriegsfreund*innen. Das ist nicht einfach nur eine Änderung ihrer alten Position. Oft sind die falschen Urteile über den Krieg schon in der Friedenszeit gesetzt. So weiß die Linkspartei – und hier steht sie in sozialdemokratischer Tradition –:

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Damit ist aber auch auf der anderen Seite klar: Deutsche (Außen-) Politik soll betrieben werden! Als die Grünen 1998 – damals mit der gleichen Position – als Regierungspartei in den deutschen Bundestag zogen, mussten sie schnell erkennen, dass deutsche Außenpolitik ohne Krieg ohnmächtig bleiben muss.

Diese Friedensfreund*innen traten also ein für eine friedliche deutsche Politik, die schon so bereit war, einiges an Brutalitäten zu praktizieren: Embargos gegen Staaten, die sich nicht den deutschen beziehungsweise europäischen Plänen unterordnen wollen oder wollten, Wirtschaftssanktionen aktuell gegen Russland, Waffenlieferungen oder deren Einstellung bei Konflikten und so weiter.

Wer für ein friedliches Deutschland auf die Straße geht, der will nicht, dass Krieg ein Mittel der deutschen Politik bleibt. Leider wird dadurch verpasst, dass der Frieden schon die ganze Brutalität der staatlichen Konkurrenz kennt und damit die Grundlage für jeden neuen Krieg schafft. Friedenspolitik ist deswegen nicht die Abschaffung der Kriegsgründe, sondern die Forderung, mit nicht-kriegerischen Mitteln in der gleichen Konkurrenz zu bestehen. Diese können natürlich jederzeit ihr gewünschtes Ziel verfehlen – die Unterwerfung des Konkurrenten – und dann doch militärische Interventionen, sprich Krieg, notwendig machen.

Es ist also kein Wunder, dass beim neuen deutschen Friedenswinter – so hieß die Friedensbewegung im Winter 2014/15 – die deutsche Rechte von Jürgen Elsässer bis Ken Jebsen mitmarschieren kann. Diese kritisieren so manchen Kriegseinsatz nicht zuletzt deshalb, weil dieser gar nicht im Interesse der deutschen, sondern ausländischer Mächte wäre. Damit passen sie gut zu einer Friedensbewegung, die gar nichts zu kritisieren hat an den deutschen Interessen, solange sie mit »friedlichen Mitteln« durchgesetzt werden.

Sind diese »friedlichen Mittel« ausgeschöpft, aber die Ziele der deutschen Politik noch nicht erreicht, dann werden aus manchen Friedenssehr schnell Kriegsfreund*innen. Sie ändern damit nur soweit ihre Position, wie sie einer anderen treu bleiben: Deutsche Außenpolitik muss sein. Ihre Ziele sind zu unterstützen, wie zum Beispiel die Einrichtung



Bild: Uwe Hixsch, CC BY 2.0

DIE OBEREN SAGEN: FRIEDE UND KRIEG
Sind aus verschiedenem Stoff.
Aber ihr Friede und ihr Krieg
Sind wie Wind und Sturm.

Der Krieg wächst aus ihrem Frieden
Wie der Sohn aus der Mutter.
Er trägt
Ihre schrecklichen Züge.

Ihr Krieg tötet
Was ihr Friede
Übriggelassen hat.

Bertolt Brecht

von demokratischen Herrschaften in für Europa wichtigen Ländern sowie die innenpolitische Ordnung dieser Staaten nach gewünschten Maßstäben (Menschenrechte!). In der Ukraine wird dieser Tage besonders deutlich, wie fließend die Grenze ist zwischen friedlicher Intervention und Kriegseinsatz: Da hat die EU ganz friedlich den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine weggeputscht und das aggressive Russland annektiert die Krim per Volksentscheid!

Dieser Frieden ist eben ohne Gewalt überhaupt nicht zu haben. Es gibt kein Privateigentum ohne Gewaltmonopol, das die Leute von dem trennt, was sie zum Leben brauchen. Es gibt keine deutsche Außenpolitik, welche sich die Welt nach ihrem nationalen Interesse einrichtet und dabei ohne Gewaltapparat fremde Nationen unterwerfen könnte. Wer gegen den Krieg ist, tut gut daran, sich die Gründe für den Krieg zu erklären – und diese sind im Frieden zu finden. ★

Peter Schadt, OV Stuttgart

Stell dir vor, es ist Krieg,
und Keiner geht hin.

Carl Sandburg

»Die nächste braune Welle baut sich gerade auf ...«

Interview mit Jutta Ditfurth über Antisemitismus, den Prozess gegen Jürgen Elsässer, Wahnwichtel und Proteste gegen G7

aj: Worum geht es in deinem Prozess gegen Jürgen Elsässer und wie ist der aktuelle Stand?

Jutta Ditfurth: Es geht darum, ob man in Deutschland einen Antisemiten einen Antisemiten nennen darf. In der ersten Instanz machte die Richterin eine unglaubliche Aussage, die Deutschland auf einen Schlag von fast allen Antisemiten befreit: »Ein glühender Antisemit in Deutschland ist jemand, der mit Überzeugung sich antisemitisch äußert, mit einer Überzeugung, die das Dritte Reich nicht verurteilt und ist nicht losgelöst von 1933 bis 45 zu betrachten vor dem Hintergrund der Geschichte.« Wir sind jetzt in der zweiten Instanz vor dem Oberlandesgericht München, ein Termin steht noch nicht fest.

Wie erklärst du dir, dass sich die Positionen von Jürgen Elsässer seit den 1990ern so radikal verändert haben?

Es gibt in der deutschen Geschichte einige Fälle von Linken, die nach rechts abgestiegen sind. In der neueren sind das beispielsweise Horst Mahler, Bernd Rabehl und jetzt eben auch Elsässer. Die Motive interessieren mich nicht. Er wird sich irgendwelche Vorteile davon versprechen: ökonomische Vorteile, soziale Anerkennung von Völkischen und Nazis. Lauter niederträchtige Motive eben.

Denkst du, er hat mit seinen alten Ansichten vollständig gebrochen oder eher, dass er sie schlicht unter veränderten Vorzeichen fortführt?

Er war nie ein Denker, er hat früher eben bei den richtigen Leuten abgeschrieben: Adorno, Postone, Trampert und Ebermann. In seinem Buch über Antisemitismus von 1992 schrieb er exakt das Gegenteil von dem was er heute sagt. Wo er früher den Rassismus geißelte, hetzt er heute gegen Roma und überhaupt gegen jede »Vermischung der Rassen«. Früher kritisierte er »Antisemitismus bringt Wählerstimmen«, heute macht er selbst damit Geschäfte. 1992 entschlüsselte er antisemitische Codes wie »internationale Finanzoligarchie«, heute verwendet er sie selbst inflationär. Und er ist tief eingebunden in ein rechtspopulistisches europäisches Netzwerk.

Wie schätzt du das Verhältnis der »klassischen« Friedensbewegung zu den Mahnwachen ein?

Teile der alten Friedensbewegung haben aus einem ziemlich skrupellosen Opportunismus heraus Anfang 2014 einen Pakt mit den antisemitisch durchwirkten Wahnwichteln und dann mit dem Querfrontprojekt Friedenswinter geschlossen und das erst nach mehr als einem Jahr beendet. Es gab ideologische Andockstellen: esoterische Ideologie, falsch verstandene Gewaltfreiheit und einen gewissen Nationalismus. Ich kann auch nicht sehen, dass dieser Konflikt wirklich aufgearbeitet wird. Diese Leute haben die völkische Querfront leider gestärkt.

Wie kann man dich bei deinem laufenden Prozess unterstützen?

Man kann auf das unten genannte Prozesskonto spenden und den Spendenaufruf von meiner Website weiter verbreiten. Und ich lasse mich gern als Referentin zum Thema »Moderner Antisemitismus, Querfront und völkische Bewegung« einladen, auch jetzt im Sommer.

Du bist auf Facebook sehr aktiv und bekommst dort ein direktes Feedback von vielen Menschen auf deine Bücher, Artikel und Interviews. Würdest du sagen, die Gesellschaft ist insgesamt nach rechts gerückt oder bekommen wir es durch die sozialen Medien nur dicker aufs Butterbrot geschmiert, was Nazis denken?

Zwei gegensätzliche Eindrücke: Einerseits ist diese Gesellschaft eindeutig nach rechts gerückt. Antisemitismus und Rassismus sind enthemmter als je zuvor. Und wir hatten in 2014 die größten völkischen Aufmärsche seit 1945. Auch wenn manche dieser Formationen schwächer werden, werden sie, in veränderter Gestalt, unter neuen Namen wiederkommen. Sie hatten Erfolg, und das ist eine Erfahrung, die sie nicht vergessen werden. Die nächste braune Welle baut sich gerade auf... Andererseits begegne ich vielen Menschen, die froh sind, klare antifaschistische und antirassistische Texte zu finden sowie Kritik am Antisemitismus auch in »linken« Kreisen. Und einige dieser Menschen hatten zuvor geglaubt, sie seien ziemlich allein. Irrtum! Aus diesen Facebook-Diskussion sind reale Recherche-Gruppen, politische Zusammenhänge und sogar Freundschaften entstanden. Und meine große Facebook-Seite hat zeitweilig eine Reichweite von bis zu 320.000



Jutta Ditfurth

Bild: Philipp von Ditfurth

Prozess-Spendenkonto

Kontoinhaberin: ÖkoLinX-Antirassistische Liste
Verwendungszweck: »Elsässer-Prozess«
IBAN: DE 4050 0100 6007 1772 0600
BIC: PBNKDEFF
Bank: Postbank Frankfurt am Main
Kontonummer: 717720 600
BLZ: 500 100 60

Mehr Infos und Kontakt:

www.jutta-ditfurth.de (dort unter NEWS)

Leuten und wird von vielen als eine kleine Zeitung verstanden. Das gefällt mir.

Du hast aktiv die Proteste gegen den G7-Gipfel unterstützt, in deren Umfeld sich auch protestierende Gruppen und Personen einfanden, die du an anderer Stelle wohl bekämpft hättest. Gegenüber welcher Art von Gruppen würdest du die Grenze für linke Bündnispolitik ziehen?

Ich habe zum Beispiel ganz ausdrücklich die Demo in München nicht unterstützt! Diese kraftlose Bratwurstfest-Mischung aus Parteiabhängigkeit, Reformismus und Esoterik gefiel mir nicht, auch zu viele Wahnwichtel und einige antisemitische Parolen. Abstoßend. Das Bündnis der Anti-G7-Aktionen in Garmisch war hingegen, bei aller Kritik, eine sehr viel klarere kritischlinke Angelegenheit, deshalb war ich dort dabei. ★

Ein neues Heer für Deutschland

Abschaffung der Wehrpflicht und Bundeswehrreform

Schaut man sich an, wie die Reform der Bundeswehr und die Aussetzung der Wehrpflicht vom damaligen Verteidigungsminister Guttenberg vorgestellt und begründet wurden, mutet die Sache ein wenig seltsam an. Das »Staatsziel der Haushaltskonsolidierung« gab der Minister als Grund an, das deutsche Militär einmal gründlich umzukrempeln und seine Stärke um fast 100.000 Soldat*innen zu reduzieren.

Sparziele als Ausgangspunkt einer Militärreform – das kam schon damals bei seinen Kolleg*innen nicht gut an. »Keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage« hieß es da. Guttenberg stellte aber zugleich auch klar, dass sich die Bundeswehr als »hochprofessionelle, bestens ausgerüstete und flexible Einsatzarmee« zu bewähren habe, was einfach keinen Spielraum lasse für die massenhafte Ausbildung von wehrpflichtigen Rekruten – benannte also doch den eigentlichen Sinn der Reform, nämlich die Bundeswehr zu einer solchen Armee umzugestalten.

Sein Nachfolger De Maizière wurde mit der Erneuerung der verteidigungspolitischen Richtlinien 2011

deutlicher und verkaufte die Reform des Militärs nicht mehr als eine – wenigstens teilweise – haushaltspolitische Maßnahme, sondern ganz offen als Anpassung an die veränderten nationalen Interessen, namentlich »freie Handelswege«, »gesicherte Rohstoffversorgung«, »Transport und Energiesicherheit« et cetera.

»Sicherheitsinteressen« bedeutet: die Sicherheit der Geschäftsinteressen

Mit anderen Worten: Überall dort, wo deutsche Unternehmen Geschäfte machen, fällt die Sicherheit dieser Geschäfte zugleich unter die Sicherheitsinteressen Deutschlands. Man denke zum Beispiel an den Einsatz der Marine gegen Pirat*innen vor Somalia, die – unbehelligt vom handlungsunfähigen somalischen Staat – vor dem Horn von Afrika Handelsschiffe entführten, die Sicherheit dieser Schifffahrtsstraße gefährdeten und damit die Interessen Deutschlands und anderer erfolgreicher Staaten direkt betrafen. Nachdem nun also eine unmittelbare Bedrohung des deutschen Ter-

ritoriums nicht wahrscheinlich ist, die Sicherheitsinteressen weltweit aber immer größeren Umfang haben und mensch bei deren Durchsetzung auch mehr zu sagen haben will, anstatt, wie bisher zum Beispiel in Afghanistan, bloß als untergeordneter Partner der USA in der Welt unterwegs zu sein, sollen die Streitkräfte für diesen Zweck umgebaut werden – dabei ist die Abschaffung der Wehrpflicht ein Teilschritt.

Die neue Normalität: weltweite Militäreinsätze

Im Zuge der Reformierung der Bundeswehr soll auch ihr Image aufpoliert werden: Ein »ganz normaler Arbeitgeber«, so Ursula von der Leyen, soll die Bundeswehr sein, die Soldat*innen »Staatsbürger in Uniform«, die den Rückhalt der Bevölkerung brauchen und nach ihren Kampfeinsätzen nicht allein gelassen werden dürfen. Die ständige Kriegsbereitschaft und die andauernde Verwicklung deutscher Streitkräfte in Konflikte soll vom Ausnahmezustand zur Normalität werden. Die Politik von Gauck über Merkel bis Gabriel tut das ihrige und betont die gewachsene Verantwortung Deutschlands, das in Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern – unter deutscher »Führung aus der Mitte« – bewaffnet die Welt gestalten will.

Und zwar gestalten ganz im Sinne der neuen verteidigungspolitischen Richtlinien, die den Ton dafür angeben, in welcher Rolle sich Deutschland zukünftig im Konzert der Großmächte sieht: Als Führungsmacht der NATO und EU, die weltweit dafür sorgt, dass Handel und Geschäft so funktionieren, wie es ihr nützt – immer im Verbund mit den Bündnispartnern. Eine Rolle, die inzwischen schon so weit Realität geworden ist, dass Deutschland jetzt das Kommando der neuen NATO-Eingreiftruppe übernehmen soll, die anlässlich des jüngsten Konfliktes mit Russland aufgestellt werden wird.

Für nichts anderes als diese neue Rolle Deutschlands ist die neue Armee da, die keine schlecht ausgebildeten Reservist*innen mehr braucht, sondern jederzeit eine 20.000 Soldat*innen starke, bewaffnete Einsatztruppe stellen können muss, wenn sie irgendwo auf der Welt für deutsche Interessen gebraucht wird. ★

Jannik Schulz,
Ortsverband Tübingen

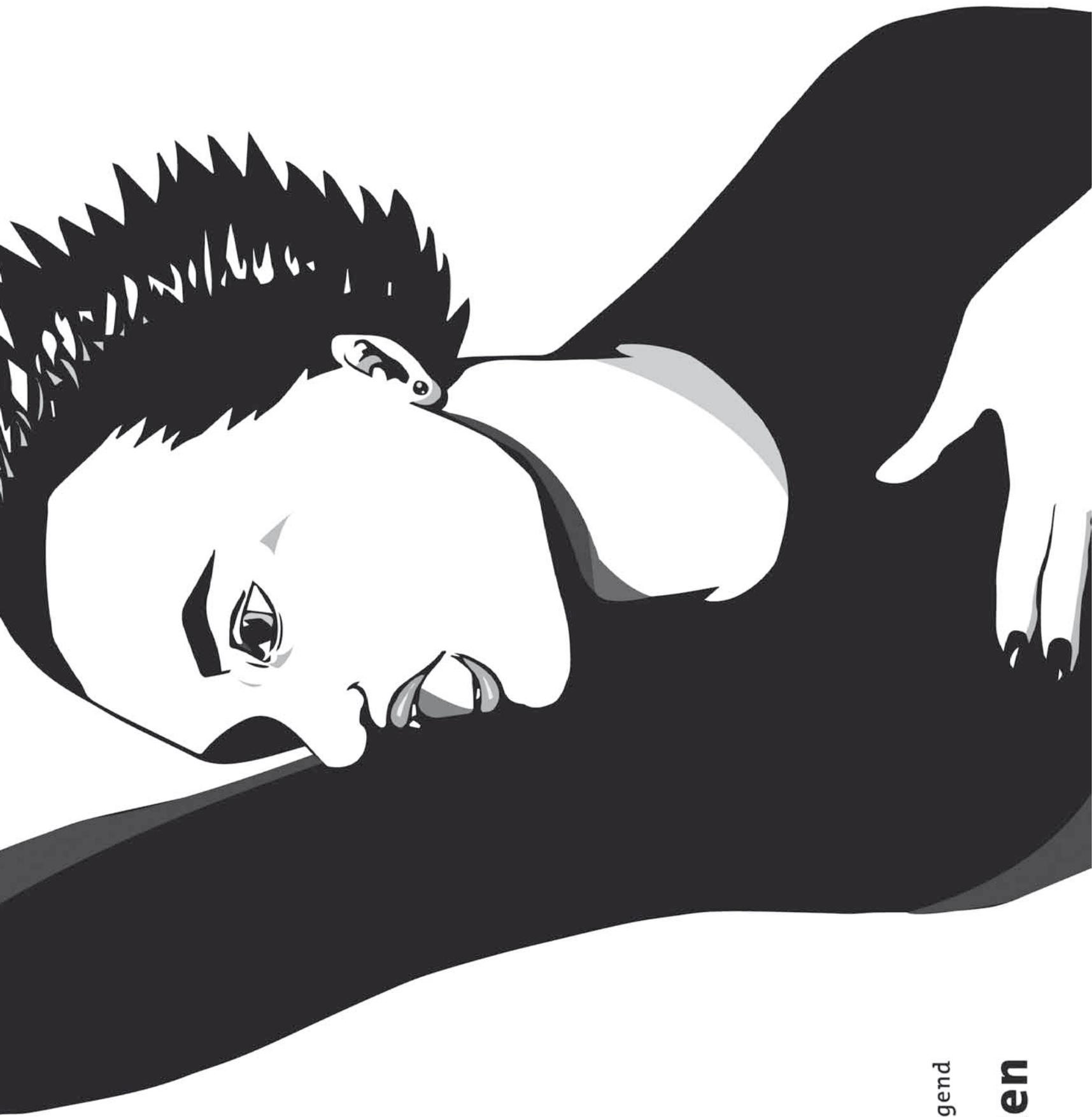


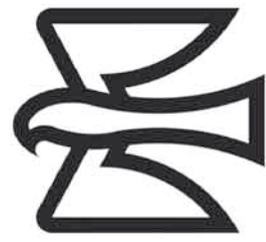
Krieg als deutsche Tradition?

Bild: Christian Kadluba, CC BY 2.0



nie
wiodła
skrzyp



 Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

»Niemand ein Atom Patriotismus«

Paul Mattick: »Die Revolution war für mich ein großes Abenteuer«

Vor 111 Jahren wurde Paul Mattick in Stolpen bei Pommern als Sohn eines Knechtes und einer Magd geboren. Später zog seine Familie nach Berlin und er begann 1918 eine Lehre als Schlosser bei Siemens. Politisch aktiv wurde er auf Grund seines sozialdemokratischen Vaters – wenn auch ganz anders, als dieser sich das vorstellte: »Er sagte immer, dass ich ein Strolch werde, wenn ich nicht in die Freie Sozialistische Jugend eintrete. Um nicht ein Strolch zu werden, musste man in der sozialistischen Jugendbewegung sein, und so war ich mit 14 Jahren Mitglied der Freien Sozialistischen Jugend, einfach weil mein Vater wollte, dass ich kein Strolch werde. Später war ihm meine Einstellung dann doch zu viel und zu weit links und ich bin – in seinen Augen – trotzdem ein Strolch geworden.«

Mattick versucht stets, ein lebendiges Bild von den jeweiligen Stationen seines Lebens nachzuzeichnen. Die Novemberrevolution, während der er unter anderem im Lehrlingsrat aktiv war, war für ihn erstmal »nur ein großes Abenteuer«. Er und seine Genoss*innen »waren alle wahnsinnig begeistert von der Revolution, schon deshalb, weil wir niemals ein Atom Patriotismus in unseren Knochen hatten. So waren wir alle begeistert, und unsere Cliques lebten nur auf der Straße und mit den revolutionären Matrosen, die aus Kiel kamen, und wir versuchten bei denen auf die Autos zu springen um mitzufahren. [...] Sonst trieben wir uns nur auf der Straße herum auf der Suche nach Abenteuern.«

Und doch waren diese Cliques nicht zufällig sozialistische Jugendbanden, welche ihre Abenteuer in revolutionären Erhebungen suchten.

Mattick und seine Freund*innen »waren überzeugt, dass eines Tages die ganze Scheiße sowieso zusammenbrechen und dass die Revolution kommen würde«. Denn mensch »ging ja nicht in die Freie Sozialistische Jugend, weil man in einen Turnverein gehen wollte, sondern weil es die Freie Sozialistische Jugend war«. Die Leute verband durchaus »eine Vorstellung und ein Konzept, dass die Gesellschaft geändert werden musste [...] ganz gleichgültig wie verschwommen und wie wenig klar« dieses war, denn immerhin standen sie »doch im Widerspruch zur existierenden Gesellschaft, und aus diesem Grunde gingen wir zur Sozialistischen Jugend und blieben dort.«

Sie waren »geistig Sozialisten und wollten praktisch den Kapitalismus besiegen.«

Da es zu dieser Zeit »eine praktische Arbeiterbewegung« gab und die Cliques sich auch selbst als »ein Teil dieser Arbeiterbewegung, der sich revolutionär betätigen wollte« verstanden, war es selbstverständlich »immer, alles, was praktisch möglich war, zu tun«. So brachen sie in Fabriken und Bonzenvillen ein und klauten alles aus Edelmetall, um es anschließend an Lumpenhändler zu verkaufen und so ihre Zeitung »Rote Jugend« zu finanzieren. Da »die Praxis tatsächlich revolutionär [...] war«, existierte für die Genoss*innen damals die heute oft diskutierte Aufspaltung der Aktivität in Theorie und Praxis nicht. Sie »waren geistig Sozialisten und wollten praktisch den Kapitalismus beseitigen.«

Paul Mattick:
»Die Revolution war für mich ein großes Abenteuer«, Unrast Verlag, 2013, 16,00 Euro, ISBN 978-3-89771-520-2

Bild: Unrast Verla



Freie Sozialistische Jugend

Die Freie Sozialistische Jugend wurde am 27. Oktober 1918 gegründet. Sie verortete sich politisch in der Nähe der USPD und erstrebte die Diktatur des Proletariats an, worunter während der Novemberrevolution meist eine sozialistische Räterepublik verstanden wurde. Sie erklärte die sozialistische Republik zum Endziel der proletarischen Jugendbewegung und bekannte sich ab 1919 zu der aus dem Spartakusbund hervorgegangenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Im September 1920 benannte sie sich in Kommunistische Jugend Deutschlands um.

Später beteiligte sich Mattick auch am Widerstand gegen den Kapp-Putsch und an den Märzaktionen in Berlin. Er engagierte sich in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) und der Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU). Im Jahr 1926 emigrierte er in die USA, wo er unter anderem die dortige Arbeitslosenbewegung mitgestaltete und versuchte, rätekommunistische Organisationen aufzubauen.

Dieses Buch ist alles in allem ein äußerst lesenswertes Zeugnis eines Lebens, welches von Brüchen und Zufälligkeiten, wenigen Siegen und vielen Niederlagen, von der immerwährenden Suche nach revolutionären Eingriffen geprägt ist. Auch werden die Ereignisse nie einfach nur historisch erzählt, sondern immer politisch bewertet und diskutiert, was das Ganze für uns als heutige sozialistische Jugend besonders interessant macht. Ein wunderbares Dokument eines leider fast vergessenen Teils unserer Geschichte. ★

Eric Montag, KV Erfurt

Impressum – die andere Jugend 1-2015

Herausgeberin: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bundesvorstand, Luise & Karl Kautsky – Haus, Saarstraße 14, 12161 Berlin, Tel. (030) 26 10 30-0, aj-redaktion@wir-falken.de, www.wir-falken.de
V.i.S.d.P.: Josephin Tischner

Redaktion: Miriam Bömer, Jana Herrmann, Eric Montag, Michael Pütz, Jan Schulz, Nina Dehmlow
Weitere Texte von: Jeanette Burkhardt, Marvin Lindenberg, Maria-Elisabeth Neuhaus, Peter Schadt, Jannik Schulz, SJD – Die Falken Stadtverband Trier

Fotos und Grafiken: Bernd Schwabe (S. 1), Caruso Pinguin (S. 3), Uwe Hiks (S. 5), Philipp v. Ditzfurth (S. 6), Christian Kadluba (S. 7), Lena Hofhansl (S. 8, 9), Unrast Verlag (S. 10), Filmpiraten (S. 11), Procsilas Moscas (S. 12), AAJB (S. 13), Haeferl (S. 14, 15), UB Dortmund (S. 16), Patrick Menne (S. 16)

Layout: Helga Wolf · **Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder. Der Bezug der AJ ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die AJ wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert.

AJ 2-2015: Schwerpunktthema: »Kritik der Arbeit«

AJ 3-2015: Schwerpunktthema: »Utopien«, Redaktionsschluss ist der 18. September 2015

Rechts klagen – links schlagen

Neuer Stress mit der FPÖ

Die Filmpirat*innen sind ein linkes Video-Kollektiv und Filmprojekt in Erfurt, welches seit 10 Jahren besteht und Filmberichte über soziale Bewegungen, Antifaschismus und Repressionsarbeit erstellt. Als wir im Frühjahr/Sommer 2014 über den Josef-Prozess in Wien berichteten, versuchten wir, eine einfache, verständliche Berichterstattung mit den notwendigsten Informationen über den Prozess bereitzustellen. Die Solidaritätsarbeit sollte in erster Linie Aufmerksamkeit erzeugen und den Betroffenen von staatlicher oder rechter Gewalt Hilfe zusichern, wo diese sich selbst nicht mehr helfen können.

Gesagt, getan

Insgesamt zweimal sind wir mit den Falken nach Wien gefahren und haben Videos erstellt. Grundsätzlich stellen wir unser Material unter einer Creative-Commons-Lizenz online. Das heißt: Jede*r kann das Material benutzen, solange er*sie sich an die Regeln hält, hier: die Namensnennung, die nicht-kommerzielle Nutzung und Weitergabe des neuen Films unter den gleichen Rechten. Dies ermöglicht es, die Inhalte möglichst frei zu teilen, ohne sie gleich in die gewerbliche Verwertungskette zu schmeißen. Das heißt theoretisch auch, dass rechte Spinner*innen unser Material nehmen könnten, wenn sie diese Punkte einhalten. Da es aber wohl sehr kompliziert ist, sich über die Nutzungsrechte zu informieren, hatte der rechtspopulistische FPÖ-YouTube Kanal »FPÖ-TV« einfach unsere Videos entnommen und so getan, als wäre alles prima. Damit verstießen sie gegen die Namensnennung der Urheber und die Weitergabe unter gleichen (CC-Lizenz-) Bedingungen. Also schickten wir eine Unterlassungsaufforderung an die FPÖ: Sie solle den Clip von YouTube löschen.

Dann warteten wir ab, wie die Gegenseite reagiert, denn normalerweise sind solche Urheberverletzungen klar geregelt. Keine zwei Wochen später bekamen wir Post: Eine wunderschöne Klage der FPÖ und ihrer Fraktion gegen uns wegen Verhinderung ihrer Meinungsfreiheit! Leider haben wir als Filmpirat*innen, im Gegensatz zum Vorwurf der FPÖ, keine Möglichkeit, die kruden rechtsextremen Einstellungen mal einfach so zu verhindern. Im Gegenteil. Die Klage der Freiflöten führt dazu, dass wir in Zukunft nur noch wenig oder gar keine inhaltliche Arbeit mehr machen können. Darüber hinaus müssen wir



Grafik: Filmpiraten

nun hohe Anwaltskosten bezahlen. Für uns stand fest, dass wir nicht klein beigeben. Also starteten wir Anfang Februar 2015 eine Spendenkampagne, um die Kosten für die erste Prozessebene aufzutreiben. Dazu müssten wir für den Worst Case mindestens 10.000€ einsammeln. Der Worst Case wäre: Wir verlieren und müssen sowohl die Prozesskosten, wie auch die gegnerischen Anwaltskosten übernehmen.

Ein altes Spiel

Vertreten wird die FPÖ von der Anwaltskanzlei Rami. Diese machte bereits als rechtlicher Arm der FPÖ vor Gericht von sich reden. In Österreich ist es schon seit längerer Zeit die Strategie der FPÖ, kritische Organisationen oder Einzelpersonen mit Klagen zu überschwemmen. Bestes Beispiel dafür ist der antifaschistische Aktivist Uwe Sailer, der unter anderem dazu beitrug, den FPÖ-Nationalratsabgeordneten Werner Königshofer und seine Verbindung zu einer Neonazi-Homepage aufzudecken. Deswegen wurde er mit über 70 Anzeigen aus dem FPÖ-Umfeld überhäuft. Worauf diese Klagewelle abzielt, ist nicht schwer zu erraten: Selbst wenn alle Anzeigen ein-

gestellt oder für nichtig befunden werden – was bei Sailer bei allen 70 der Fall war – entstehen immer Anwaltskosten. Ganz zu schweigen von dem hohen zeitlichen Aufwand, um dieser Hetze zu begegnen. Unser erster Prozesstag fand im Februar 2015 statt. Nach nur 15 Minuten wurde die Verhandlung bis auf weiteres verschoben. Der Richter machte uns das »großzügige« Angebot, sich doch außergerichtlich mit der FPÖ zu einigen. Dies würde aber bedeuten, dass unser Material noch immer von der FPÖ für ihre Zwecke genutzt werden könnte. Wir saßen auf unseren Kosten und hätten eine Zwangspause von einem halben Jahr eingelegt. Nicht mit uns! Wir werden den längeren Atem haben. Die Klage geht weiter! ★

Marvin Lindenberg, LV Thüringen und Filmpiraten

Für ihre Arbeit wurden die Filmpirat*innen im Juni 2015 mit dem Thüringer Demokratiepreis ausgezeichnet. Mehr über die Filmpirat*innen und den aktuellen Stand im FPÖ-Prozess: www.filmpiraten.org. Spendenkonto: Filmpiratinen e.V., IBAN: DE56 4306 0967 6027 8194 00

Probleme des sozialistischen Feminismus

Vom Aktionsrat zum Sozialistischen Frauenbund

Helke Sanders' Rede und der anschließende Tomatenwurf auf der SDS-Delegiertenkonferenz im September 1968 gelten heute als Beginn der Zweiten deutschen Frauenbewegung. Zwar trieb erst der Kampf gegen den § 218 ab 1971 massenweise Frauen auf die Straße, doch sei, so lautet häufig der Tenor, durch diese Tomaten in einem ersten Schritt die falsche Solidarität der Frauen aufgekündigt und die »Domination der Genossen« endlich gebrochen worden.

Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, seit 1993 umgewandelt in rechtswidrig, aber straffrei, siehe aj 3/2013

Der Vorwurf, die Frauen im SDS seien dazu abgestellt worden, die Flugblätter zu tippen und die Fahnen zu nähen, hält sich beharrlich. Doch gab es Frauen, die auf Bundesebene eine führende Rolle im SDS spielten. Sigrid Rüger beispielsweise, studentische Sprecherin im Akademischen Senat der FU, war an der Universität bis 1967 bekannter als Rudi Dutschke. Und als Helke Sander für den Aktionsrat zur Befreiung der Frauen vor der SDS-Delegiertenkonferenz sprach, war – so gilt es gegen die antisozialistische Erzählung der Zweiten Frauenbewegung deutlich zu machen – nicht Abspaltung von den Genossen das Ziel, sondern Kooperation und eine konstruktive Veränderung der SDS-Politik: Der Aktionsrat wollte sich einerseits theoretischen Rat von der Organisation einholen und diese andererseits dazu bewegen, auf den Kurs des Aktionsrates einzuschwenken, da ihm dieser erfolgversprechender für die sozialistische Sache erschien.

Der Aktionsrat zwischen pragmatischer Lösung und eigenständiger Politik

Zwar war die zum damaligen Zeitpunkt existierende Verbindung von Frauenbefreiung und sozialistischem Kampf von Beginn an von theoretisch prekäreren Charakter, doch wurde beides zumindest praktisch in Personalunion geführt. Heute liegt die sozialistische Bewegung daneben, während der Feminismus, von diesem losgelöst, in einigen Aspekten Teil der Staatsraison geworden ist. Am Beginn der Zweiten Frauenbewegung liegen jedoch Jahre des Richtungsstreits, in dem um die Verbindung zwischen Feminismus und Sozialismus gerungen wurde und in dessen Zentrum sich der Aktionsrat befand.

Dieser war zunächst unter anderem mit der pragmatischen Absicht gegründet worden, das Problem, dass Frauen mit Kindern sich nicht politisch betätigen konnten, kollektiv anzugehen. Ergebnis ihrer Anstrengung waren Kinderläden, welche die Frauen entlasten und den Kindern zudem die autoritären Erziehungsmaßnahmen der (rar gesäten) staatlichen Kindergärten ersparen sollten. Die wöchentlichen Treffen der Frauen führten allerdings schnell dazu, dass das pragmatische Gründungsmotiv des Aktionsrates ergänzt wurde durch das Bestreben, die Fesselung der Frauen an ihre Kinder selbst theoretisch zu durchdringen und zum Thema des Aktionsrates zu machen. Dieser Schritt führt jedoch auf den brüchigen Boden eines sozialistischen Feminismus, der schließlich unter dem Aktionsrat nachgeben sollte.

Subjektiv spiegelte sich dieser Vorgang zunächst in einer Vielzahl neuer Fragen und Erkenntnisse, die noch keine klare Linie aufwiesen. Dies illustriert auch die Rede Helke Sanders vom September 1968, in der sozialistische und feministische Positionen aneinander gereiht wurden, ohne deren problematische Beziehung zum Thema zu machen. So bezeichnete Sander beispielsweise die Frauen mit Kindern (und damit meinte sie in erster Linie Studentinnen) als »die Gruppen, die am leichtesten politisierbar sind«, da sie das Scheitern der bürgerlichen Emanzipation am eigenen Leib erfahren hätten: »Wenn diese Privile-

Die Clara

»Clara« ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der »Gleichheit«, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.

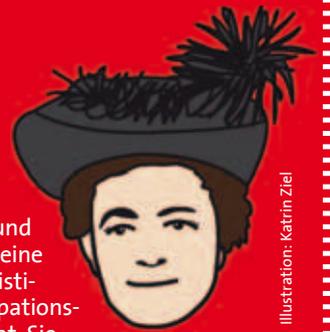


Illustration: Katrin Ziel

gierten unter den Frauen nun Kinder bekommen, werden sie auf Verhaltensmuster zurückgeworfen, die sie meinten, dank ihrer Emanzipation schon überwunden zu haben.«

Implizit setzte Sander die (studierenden) Mütter an die Stelle des revolutionären Subjekts, dem der »systemsprengende Widerspruch ihrer Forderungen« nur noch aufgezeigt werden müsse. Dabei blieb jedoch unklar, worin das systemsprengende Potenzial der Forderungen liegen sollte und demzufolge auch, welchen Inhalt die Politisierung haben würde. Die Ahnung, dass es sich hierbei um eine sozialistische handeln würde, ergibt sich weniger aus einer stringenten Argumentation als aus einer Überblendung der unterschiedlichen Motive in Sanders Rede.

Vom Aktionsrat zum Sozialistischen Frauenbund

Kurz nach der im Chaos auseinandergegangenen Frankfurter Delegiertenkonferenz gründeten sich autonome Frauengruppen in mehreren westdeutschen Städten, und in den Berliner Aktionsrat schwemmten von Woche zu Woche mehr Frauen. Darunter befand sich auch Frigga Haug, die Einspruch gegen die sogenannte »Mütterfraktion« um Sander einlegte. Unterstützt vom Großteil des Aktionsrats konnte sie sich mit ihrer Forderung nach einem Schulungsprogramm schließlich durchsetzen, und die »Mütterfraktion« verließ die Gruppe.

→ Fortsetzung auf Seite 13

Einige dieser Frauen arbeiteten in der Gruppe »Brot und Rosen« ab 1971 an ähnlichen Themen. Sie gaben das viel diskutierte Frauenhandbuch Nr. 1 zum Thema Schwangerschaftsabbruch und Verhütungsmittel heraus.



Wurfgeschosse

Bild: Procsilas Moscas, CC BY 2.0

Probleme des sozialistischen Feminismus

Vom Aktionsrat zum Sozialistischen Frauenbund

→ Fortsetzung von Seite 12

Fortan las man im Aktionsrat, der sich alsbald in Sozialistischer Frauenbund Westberlin umbenannte, Marx, Engels, Mao und Zetkin und nahm Abstand von einem spezifischen »Frauenprogramm«. Im Rückblick schreibt Haug: »Der Unterschied war eben, dass diese Texte in reinen Frauengruppen gelesen wurden, was eine ungeheuerliche Lernerfahrung für alle war ...«

Es mag naheliegen, den Konflikt zwischen der Mütter- und der Schulungsfraktion als einen zwischen Praxis und Theorie zu deuten, doch hatten beide Fraktionen ein theoretisches Interesse. Vor Einführung des Schulungsprogramms hatte der Aktionsrat beispielsweise an einer Kritik der Familie und des »patriarchalischen Wissenschaftsbegriffs« gearbeitet.

Auch sollte nicht das Missverständnis entstehen, eine dieser Gruppen wäre nicht sowohl feministisch als auch sozialistisch gewesen. Zwar lehnte Frigga Haug das Konzept »Feminismus« ab, doch stellte der Sozialistische Frauenbund zum Beispiel 1972 die Sprecherin im öffentlichen Hearing zur Reform des § 218 und äußerte aus heutiger Perspektive als klassisch feministisch zu bewertende Forderungen, die den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt betrafen.

Vielmehr muss der Unterschied zwischen den beiden Gruppen wohl in dem Verhältnis gesehen werden, das die Bewältigung von Frauenproblemen und sozialistische Politik jeweils zueinander einnahmen. ★ (Fortsetzung in der nächsten Ausgabe der aj)

Maria-Elisabeth Neuhaus,
Mädchen- und Frauenpolitische
Kommission

Dies ist die leicht gekürzte Version eines Artikels, der für die nächste Ausgabe der »Outside the box. Zeitschrift für feministische Gesellschaftskritik« #5 geschrieben wurde. Die Ausgabe erscheint Ende Juli. Hier kannst Du mehr über die Zeitschrift erfahren: <http://outside-mag.de>

anecken
statt wegstecken



Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken

Bild: Orzekowsky/Garcia-Pulido - Archiv der Arbeiterjugendbewegung

In eigener Sache

»Hurra, diese Welt geht unter!« – In der kommenden aj-Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem Thema »Utopie«. Welche Rolle spielt die Idee einer anderen, aber so noch nicht existierenden Welt in unserem Denken und Handeln? Steckt nicht auch in jeder Kritik des Bestehenden bereits der utopische Ansatz, es besser zu machen? Wie antizipatorisch sind sogenannte Gegenwelterfahrungen tatsächlich? Wie sind unsere Ideen einer sozialistischen Gesellschaft vom Hier und Jetzt geprägt? Redaktionsschluss ist der 18. September 2015.

Nehmt ihr einen von uns fest, kommt das ganze Falkennest!

Falken fahren nach Wien zum Protest gegen den Akademikerball

Unter diesem Motto fasste der Bundes-SJ-Ring unsere Reaktion auf die Vorgänge vor, während und nach den Protesten rund um den Wiener Akademikerball 2014 zusammen. Was das mit diesem Ball soll und was da seit Jahren für verrückte Dinge passieren, ist ebenso unfassbar wie unverständlich. Versuchen, es zu verstehen muss mensch wohl trotzdem.

Seit 2013 ist der Wiener Akademikerball die Nachfolgeveranstaltung des Balls des Wiener Kooperationsrings (WKR), der seit 1952 jährlich stattfand. Dieser wurde von sogenannten Burschenschaften ausgerichtet. Burschenschaften sind politische Studentenverbindungen in Österreich und Deutschland, die ungefähr das Gegenteil dessen gut finden, was Falken so machen und tun. Ehre, Freiheit und Vaterland sind dort die zu erreichenden Ziele der Burschen. Frauen dürfen ihnen dabei maximal ihr Bier bringen oder zustimmend nicken, in den selten Momenten, in denen sie auch im Raum sein dürfen. Es gibt **schlagende und fakultativ schlagende Burschenschaften**, was bedeutet, dass die einen sich auf jeden Fall **mit einem Degen ihren Ruhm sichern** müssen und die anderen es nur machen dürfen, wenn sie ehrenvoll und männlich wirken wollen. Auch Deutschland und Österreich als eine mächtige und weltbeherrschende Einheit zu sehen, gilt in diesen Kreisen als Selbstverständlichkeit und hehrer Wunsch.

Obwohl sich diese Burschenschaften auch manchmal darüber streiten, ob die Linie eher radikal-republikanisch oder doch national sein muss und ob das Aufrechterhalten der Tradition jetzt das Allerwichtigste oder nur das Wichtigste ist, finden sie natürlich, dass sie im Großen und Ganzen die sind, die die Geschicke der Welt lenken sollten. Und um das erreichen zu können, legen sie sehr viel Wert darauf, sich im Leben, im Beruf und in den politischen Bereichen gegenseitig zu unterstützen und demokratische Grundsätze auch ein bisschen zu umgehen, um ihren Willen durchzusetzen.

Der Ball als Vernetzungstreffen der Rechten

Um sich gut vernetzen, gegenseitig vorstellen und die richtigen Jobs bekommen zu können, muss man sich jedoch kennen und der WKR- bzw. Akademikerball ist ein jährlich festgelegter Termin, der diesen Ansprüchen gerecht wird. Natürlich ist dieser Termin auch wichtig, um mal zu sehen, wer gerade die wichtigen Player sind.

Als öffentlich bekannt wurde, wie viele extrem Rechte dieses Treffen besuchen, ausrichten und nutzen, gab es öffentliche Proteste; sie finden seit 2008 jährlich statt. Diese Proteste, die vom österreichischen Verfassungsschutz als »zentrales Protestziel der gesamten österreichischen linksextremen Szene« bezeichnet wurden, waren von offizieller Seite nie gewollt und sollten von Anfang an strikt unterbunden werden. Schnell war klar, dass alle, die gegen diese Veranstaltung protestieren, sehr radikale Linksextreme sein müssen, deren einziges Ziel es ist, Wien, Österreich und eigentlich auch die ganze Welt kaputt zu machen.

Massive Unterdrückung der Proteste

Deshalb wurden im Laufe der Jahre verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Proteste zu unterbinden oder zumindest so gut wie möglich einzuschränken. Manchmal wurden die Proteste vorher verboten, manchmal die wichtigsten Plätze gesperrt – immer waren aber mehr Polizisten als Ballbesucher damit beschäftigt, diese zu beschützen. Dass dabei maßgebliche Rechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit

Die Mißachtung des Lebens und die Brutalität gegen den Menschen lassen die Fähigkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit erkennen. Sie kann und darf kein Mittel irgendeiner Konfliktlösung sein und bleiben.

Rosa Luxemburg

immer wieder ignoriert wurden und auch sonst niemand Hemmungen hatte, deutlich zu demonstrieren, dass es als große Unverschämtheit empfunden wird, wenn sich die lästigen Bürger mit ihren naiven Meinungen zu Demokratie, Mitbestimmung und Grundrechten in die Geschäfte der Mächtigen einmischen, wurde zwar immer mal wieder scharf kritisiert... aber geändert hat das nichts.

Eher im Gegenteil: 2014 sollte wohl das Jahr werden, in dem endlich mal klagestellt wird, wer im Land das Sagen hat. Neben den üblichen polizeistaatlichen Maßnahmen wurden Einzelne verhaftet, um an ihnen ein Exempel zu statuieren. Jede*r sollte wissen: Wer an den Protesten gegen den Ball teilnimmt, muss damit rechnen, persönlich und langfristig die Konsequenzen zu tragen.

Unter anderem wurde in diesem Jahr Josef verhaftet, ein Falke aus Erfurt. Der war, wie sich im Laufe des Verfahrens rausgestellt hat, zwar »nur« ein sich an alle Gesetze haltender Demoteilnehmer, da es ja aber darum auch nicht wirklich ging, wurde die Justiz ziemlich kreativ. Von Landfriedensbruch über Rädelsführerschaft zu Randalen: Die Vorwürfe wechselten und schienen nur einer einzigen Überlegung zu folgen: Für irgendwas wird er schon bestraft werden können.

→ Fortsetzung auf Seite 15

Auch in Österreich gibt es allerdings nicht nur schlagende Burschenschaften.

Narben – besonders im Gesicht – sind dabei auch ganz, ganz wichtig!



Das Bündnis »Offensive gegen rechts«

Bild: Haefelr, CC BY-SA 3.0

Nehmt ihr einen von uns fest, kommt das ganze Falkennest!

Falken fahren nach Wien zum Protest gegen den Akademikerball

→ Fortsetzung von Seite 14

nen. Und trotz vielfältiger Proteste, solidarischen Aktionen und der Offensivität des Unrechts wurde er das dann auch, ohne dass es verhindert werden konnte.

Trotzdem ist die Rechnung der Einschüchterung nicht aufgegangen. Statt verängstigt und obrigkeitshörig zu Hause zu bleiben, haben sich 2015 noch mehr Menschen als in der Vergangenheit dazu entschlossen, an den Protesten teilzunehmen. Bestimmt, weil durch diese Vorgänge selbst eher bürgerlichen Leuten aufgefallen ist, wie dreist und unverschämt die sich mächtig Fühlenden glauben, sich durchsetzen zu können. Aber sicher auch, weil die einzig richtige Reaktion auf diese Einschüchterungsversuche nur ein entschiedenes »Jetzt erst recht!« sein kann!

Friedlicher Protest und neue Erfahrungen

Aus diesem Grund haben sich in diesem Jahr auch die Falken entschieden, eine organisierte Fahrt

nach Wien anzubieten. Mit über 150 Genoss*innen aus allen Gliederungen sind wir der Einladung unserer österreichischen Schwesterorganisation SJÖ gefolgt und haben drei Tage im zwar kalten, aber trotzdem sehr schönen Wien verbracht. Nachdem Politik und Presse die Öffentlichkeit so gründlich vor den Demotouristen, die nur Wien kaputt machen wollen, gewarnt hatten (einige Busse wurden schon auf dem Weg dorthin kontrolliert und die Ausweise wurden eingesammelt), waren wir zwar nicht so richtig willkommen; nach der großen, geschlossenen und friedlichen Demo kam aber eigentlich keine*r mehr drum herum zu sehen, dass es massiven inhaltlichen Protest gibt, der absolut nichts mit dem Schreckensbild zu tun hatte, das vorher verbreitet wurde.

Aber auch sonst waren die Tage stressfrei, entspannt und interessant. Die relativ hohe Anzahl von teilnehmenden Nichtfalken zeigte zum einen, dass die Veranstaltung hohes Mobilisierungspotenzial hat und führte zum anderen zu vielen spannenden Gesprächen mit guten

Einblicken in die verschiedensten linken Strukturen. Menschen, die sonst immer ein bisschen Angst vor »so Vereinessachen« haben, konnten erleben, dass Selbstorganisation sehr wohl auch in Verbindung mit Verbandsstrukturen möglich ist und keineswegs Unfreiheit oder Reisegruppenstress bedeutet. Die Stadtrundgänge zu den Themen »Burschenschaften« und »Rotes Wien« waren gut besucht und gleichermaßen sympathisch wie informativ. Das fast selbstverständlich und nebenbei funktionierende selbstorganisierte gemeinsame Einkaufen, Kochen, Essen und auch Aufräumen im Haus der SJÖ versetzte nicht wenige in aufrichtiges Staunen und weckte durchaus auch Interesse daran, wie so etwas denn funktionieren kann.

Alles in allem war unsere Teilnahme richtig, informativ und unterhaltsam. Ich freue mich schon darauf, die Genoss*innen aus Wien im nächsten Jahr dort wieder zu sehen! ★

Jeanette Burkhardt,
LV Rheinland Pfalz



Etwa 9.000 Antifaschist*innen nahmen 2015 an der OGR- Demo teil.

Bild: Haeferl, CC BY-SA 3.0



Welcome to another world!

IFM-Camp 2016 in Reinwarzhofen

Stellt euch vor: 3.000 Kinder und Jugendliche aus der ganzen Welt, die zwei Wochen lang selbstorganisiert zusammenleben, Erfahrungen austauschen und diskutieren. Genau das wird nächstes Jahr passieren, und zwar auf dem Willy-Brandt-Zeltlagerplatz in Reinwarzhofen in der Nähe von Nürnberg. Dort werden 3.000 Genoss*innen aus unseren Schwesterorganisationen der IFM zusammenkommen um genau das zu tun: ein gemeinsames Zeltlager erleben. IFM ist kurz für IFM-SEI, was wiederum kurz ist für International Falcon Movement – Socialist Educational International, also die Internationale Falkenbewegung und Internationale der Sozialistischen Erziehung.

Wir werden in internationalen Zelt-dörfern leben, uns gegenseitig kennenlernen und neue Freundschaften

knüpfen. Wir werden über Themen wie Krieg und Frieden, Demokratie, Rechtsextremismus, Sozialismus oder Queer sprechen. Und wir werden gemeinsam feiern!

Auf dem Camp wird es einen selbstorganisierten SJ-Bereich geben. Hier habt ihr die Möglichkeit, eure Ideen umzusetzen, Workshops anzubieten, in der Kneipe mitzuarbeiten, Partys zu feiern, Konzerten zu lauschen oder einfach mal abzuhängen. Klingt super!

Und wer kommt da so?

Wir hoffen, dass Genoss*innen aus allen IFM-Regionen zum Camp kommen, das wären dann Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und Naher Osten. Insgesamt erwarten wir 3.000 Genoss*innen auf dem Camp. Allerdings brauchen wir dafür eure

Hilfe: Gerade für Organisationen außerhalb Europas sind die Reisekosten sehr hoch. Daher suchen wir Falkengliederungen, die Lust auf ein Soliprojekt haben, um Gruppen aus anderen Weltregionen bei der Anreise zu unterstützen. Vielleicht wollt eure Gruppe ja schon immer mal Falken aus Indonesien oder Bolivien oder Kamerun oder, oder, oder... kennenlernen? Wenn ihr Lust auf ein Soliprojekt habt, meldet euch bei Svenja im Bundesbüro:

svenja.matusall@sjd-die-falken.de

Wir wollen uns einbringen, wie geht das?

Das ist super! Wie gesagt, ihr könnt ein Soliprojekt machen. Oder ihr könnt euch Workshops für Themenzelle ausdenken oder ihr könnt ein Café organisieren und vor allem könnt ihr euch in die Vorbereitung der SJ-Area einbringen. Mehr dazu verrät euch gerne Jan Frankenberger: jan.frankenberger@sjd-die-falken.de

Und wann findet das statt?

Das IFM-Camp findet vom 23. Juli bis 5. August 2016 statt. Außerdem habt ihr die Möglichkeit zu Vor- und Nachcamps, auch in Reinwarzhofen.

Das ist noch ganz schön lange hin. Wo kriegen wir in der Zwischenzeit Infos her?

Das Camp hat eine Facebook-Seite, auf der alle Infos gepostet werden: www.facebook.com/ifmcamp2016

Auch auf der Falken-Website gibt es einen Bereich für das Camp: www.wir-falken.de/mitmachen/ifm_camp2016/index.html

Und im Bundesbüro beantwortet euch Svenja gerne alle Fragen rund um das Camp:

svenja.matusall@sjd-die-falken.de



Grafik: Patrick Menne